

**Factsheet**

# Islamischer Religionsunterricht an Schulen in Deutschland

Juli 2023

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>2</b>
<b>BEKENNTNISORIENTIERTER UNTERRICHT .....</b>	<b>4</b>
BERLIN .....	4
NIEDERSACHSEN .....	4
HAMBURG .....	5
HESSEN .....	6
<b>BEKENNTNISORIENTIERTER UNTERRICHT ALS MODELL .....</b>	<b>7</b>
RHEINLAND-PFALZ .....	7
SAARLAND .....	8
NORDRHEIN-WESTFALEN .....	8
BADEN-WÜRTTEMBERG .....	9
<b>STAATLICH VERANTWORTETER UNTERRICHT .....</b>	<b>10</b>
BAYERN .....	10
BREMEN .....	11
HESSEN .....	11
SCHLESWIG-HOLSTEIN .....	11
<b>ANHANG .....</b>	<b>13</b>

**MEDIENDIENST INTEGRATION**

Schiffbauerdamm 40  
10117 Berlin

Telefon: +49 30 200 764 80  
mail@mediendienst-integration.de

## Einleitung

Islamischen Religionsunterricht (IRU) gibt es in Deutschland seit Beginn der 2000er<sup>1</sup> und wird von den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt. Einige Bundesländer haben kein religiöses Angebot für muslimische Schüler\*innen, während andere Länder bekenntnisorientierten Unterricht gemäß dem Grundgesetz<sup>2</sup> anbieten. Dieser wird von den Gemeinden oder Religionsgemeinschaften verantwortet – wie etwa bei den christlichen Kirchen oder den jüdischen Gemeinden in Deutschland. Einige Länder haben Modellprojekte mit dem Ziel, bekenntnisorientierten Unterricht anzubieten. Andere haben keinen Religionsunterricht, sondern Religionskunde. Dabei handelt es sich um staatlichen Unterricht, die Gemeinden oder Verbände sind dabei nicht einbezogen. Da der Staat zu religiöser und weltanschaulicher Neutralität verpflichtet ist, darf dieser Unterricht nicht wie Religionsunterricht gestaltet werden.

Obwohl Muslim\*innen eine relativ große religiöse Gruppierung in Deutschland sind, ist es schwierig, ihr verfassungsmäßiges Recht auf Religionsunterricht von Seiten der Gemeinden durchzusetzen. Dies liegt unter anderem daran, dass es keinen einheitlichen Islam in Deutschland gibt, sondern unterschiedliche Strömungen. Zwar gibt es Dachverbände, die Struktur ist jedoch anders als etwa bei den christlichen Kirchen oder den jüdischen Gemeinden. Ein Problem, das die Bundesländer teils bei größeren Dachverbänden sehen, ist eine mögliche staatliche Einflussnahme durch die Herkunftsländer wie die Türkei<sup>3</sup>. Dies führt immer wieder zu Konflikten, die auch die Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinde(n) beeinflussen<sup>4</sup>. Zudem fehlen Lehrkräfte, was mit fehlenden Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zusammenhängt<sup>5</sup>.

Der MEDIENDIENST Integration hat bei den Kultusministerien der Länder nachgefragt, wie der Unterricht in den Ländern organisiert ist, wie viele Schüler\*innen an Islamischem Religionsunterricht teilnehmen und wie viele Lehrer\*innen ihn erteilen.

## Zentrale Ergebnisse

In den neuen Bundesländern (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) gibt es **keine Angebote** für muslimische Schüler\*innen.

---

<sup>1</sup> Der erste Unterricht wurde in Berlin ab 2001 von der Islamischen Föderation Berlin erteilt.

<sup>2</sup> Das Recht auf bekenntnisorientierten Religionsunterricht leitet sich allgemein aus Art. 7 Abs. 3 GG ab. Siehe hierzu auch bei AIWG (2021): Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Qualität, Rahmenbedingungen und Umsetzung, S. 10, [hier](#)

<sup>3</sup> Riem Spielhaus und Zrinka Štimac (2018): Schulischer Religionsunterricht im Kontext religiöser und weltanschaulicher Pluralität, [hier](#)

<sup>4</sup> Siehe Hessen oder Rheinland-Pfalz

<sup>5</sup> Islamische Zeitung (2023): Interview mit Birgül Karaarslan: Wo steht der Religionsunterricht?, [hier](#); AIWG (2022): Berufsfeld Islam? Zur Berufseinmündung und Professionalisierung von Absolvent\_innen der Islamisch-Theologischen Studien, S. 46 [hier](#)

In den anderen Bundesländern gibt es drei verschiedene Unterrichtsformen:

- Einen **bekennnisorientierten Unterricht** gibt es in Berlin, Niedersachsen und Hamburg<sup>6</sup>. In Hamburg wird der „Religionsunterricht für alle“ nach einer Modellphase an allen Schulen eingeführt.
- Islam- oder Religionskunde, also Unterricht in **staatlicher Verantwortung**, gibt es in Bayern, Schleswig-Holstein, teils in Hessen und Bremen<sup>7</sup>. Nach einer Modellphase wurde Islamkunde in Bayern 2021 als Unterrichtsfach eingeführt.
- In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen<sup>8</sup>, Rheinland-Pfalz und im Saarland gibt es **bekennnisorientierten Unterricht als Modell**. In mehreren Bundesländern gab und gibt es Auseinandersetzungen um den Unterricht, Vorwürfe der ausländischen Einflussnahme spielen hierbei eine große Rolle. Deswegen lagen etwa die Verhandlungen in Rheinland-Pfalz sieben Jahre auf Eis, sie wurden im Juni 2023 wieder aufgenommen.

Insgesamt nehmen mehr Schüler\*innen am Unterricht teil als noch vor fünf Jahren: Etwa 69.000 Schüler\*innen besuchen derzeit islamischen Religionsunterricht, 2017/18 waren es rund 54.000<sup>9</sup>. Für einige Bundesländer liegen keine Zahlen vor. In den meisten Bundesländern besucht nur ein Bruchteil der muslimischen Schüler\*innen solchen Unterricht. So etwa in Nordrhein-Westfalen: Von den 470.403 muslimischen Schüler\*innen nahmen nur knapp sechs Prozent an islamischem Religionsunterricht teil, in anderen Bundesländern sind es noch weniger. Bayern sticht unter den Bundesländern, für die Zahlen vorliegen, hervor: Dort besuchen etwa 11 Prozent der muslimischen Schüler\*innen das Fach Islamkunde<sup>10</sup>.

Eine große Herausforderung sind fehlende **Lehrer\*innen**: Die Bundesländer treffen unterschiedliche Maßnahmen, um Lehrkräfte auszubilden. Bayern und NRW bilden an Universitäten neue Lehrer\*innen aus. Im Saarland, in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein gibt es keine Ausbildungsmöglichkeiten. In Berlin gibt es Islamische Theologie an der Humboldt Universität, der Senat für Bildung hat hier keine näheren Informationen über Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte, da diese den Gemeinden überlassen wird.

Im Anhang befindet sich eine Zusammenstellung aktueller Zahlen aller Bundesländer zu diversen Religionsunterrichtsangeboten.

---

<sup>6</sup> In Hamburg gibt es den sogenannten „Religionsunterricht für alle“. Dieser gilt als Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 GG, wird aber von mehreren unterschiedlichen Kooperationspartnern gleichberechtigt verantwortet.

<sup>7</sup> Ähnlich wie in Hamburg wird auch in Bremen das Angebot für mehrere Religionen erteilt. In Bremen ist dies aber eine **staatlich verantwortete** Religionskunde. Hier kommt die sogenannte „Bremer Klausel“ (Art. 141 GG) zur Anwendung.

<sup>8</sup> In Hessen gibt es zurzeit verschiedene Modelle, Genaueres siehe unten.

<sup>9</sup> MEDIENDIENST Integration (2018): Islamischer Religionsunterricht an Schulen, S. 3, [hier](#)

Die aktuellen Zahlen basieren auf den Angaben der Kultusministerien. Wo noch keine jahresaktuellen Zahlen vorlagen, wurden die aus dem Vorjahr verwendet.

<sup>10</sup> Die bayerischen Zahlen beziehen sich auf 2021/22, da die aktuellen Zahlen noch nicht vorliegen.

# Bekennnisorientierter Unterricht

## Berlin

Religionsunterricht ist in Berlin freiwillig. Den Islamischen Religionsunterricht verantworten die Islamische Föderation Berlin (IFB) und die alevitische Gemeinde Berlin. Auch die Lehrer\*innenausbildung liegt bei den Gemeinden. Die IFB hatte sich 2001 das Recht eingeklagt, an Berliner Schulen Religionsunterricht zu erteilen<sup>11</sup>. Die Zahl der Schüler\*innen, die den Unterricht besucht, ist in den letzten Jahren leicht angestiegen. Gleiches gilt aber auch für die Gesamtzahl der Schüler\*innen in Berlin.

Die neue schwarz-rote Regierung in Berlin hat sich darauf geeinigt, dass Religion Wahlpflichtfach werden soll, dadurch könnte es einen Wandel geben.<sup>12</sup>

### Teilnehmende am IRU & Gesamtzahl der Schüler\*innen

	2020/2021	2021/2022	2022/2023
Islamischer Religionsunterricht	5.637	5.878	6.178
Gesamtzahl Schüler*innen	369.841	376.478	388.627

## Niedersachsen

Religionsunterricht ist in Niedersachsen grundsätzlich verpflichtend, alternativ können Schüler\*innen das Fach „Werte und Normen“ oder in der Oberstufe Philosophie besuchen. Seit dem Schuljahr 2013/14 gibt es auch islamischen Religionsunterricht.

Kooperationspartner sind die SCHURA Niedersachsen (Landesverband der Muslime in Niedersachsen e.V.) und die DITIB Niedersachsen-Bremen, die gemeinsam im „Beirat für den islamischen Religionsunterricht“ organisiert sind. Der Beirat sei aber nur eine Übergangslösung ohne Rechtsanspruch, so das Niedersächsische Kultusministerium.

<sup>11</sup> Vorausgegangen ist ein seit den 1980ern andauernder Rechtsstreit, in dem sich die IFB das Recht auf Religionsunterricht einklagte. Selbst nachdem der Gemeinde durch das Oberverwaltungsgericht 1998 bescheinigt wurde, dass sie [Religionsunterricht](#) geben darf, [erschwerte](#) die Berliner Senatsverwaltung die Kooperation, weshalb die IFB vor dem Verwaltungsgericht 2001 auf Durchführung des Unterrichts mit [Erfolg](#) klagte.

<sup>12</sup> Koalitionsvertrag 2023-2026: Für Berlin das Beste, S.42, [hier](#)

Insgesamt gibt es laut Kultusministerium aktuell 80.184 muslimische Schüler\*innen in Niedersachsen. Etwa 4,2 Prozent von ihnen besuchen dieses Schuljahr islamischen Religionsunterricht. 48 Lehrkräfte unterrichten diesen an 75 Schulen.

### Teilnehmende am IRU & Gesamtzahl der Schüler\*innen

	2020/2021	2021/2022	2022/2023
Islamischer Religionsunterricht	3.453	3.165	3.380
Gesamtzahl Schüler*innen	785.918	788.037	813.055

## Hamburg

In Hamburg gibt es keinen getrennten Unterricht für jede Religionsgemeinschaft, stattdessen verantworten evangelische, jüdische, alevitische, islamische<sup>13</sup> und katholische Gemeinden bzw. Gemeinschaften in interreligiöser Trägerschaft gemeinsam den „Religionsunterricht für alle“ (RUfa). Gestartet ist das Projekt 2013, zuletzt ist das Erzbistum Hamburg 2022 beigetreten<sup>14</sup>. Der Unterricht wird gemäß GG Art. 7 erteilt und wahrt somit die Religionsfreiheit.

In Hamburg ist keine islamische Gemeinde als Körperschaft des öffentlichen Rechts (KdöR) anerkannt. Daher werden religiöse Angelegenheiten, wie etwa der Religionsunterricht, durch einen Staatsvertrag geregelt, der seit über 10 Jahren in Hamburg gilt<sup>15</sup>.

Nach einer Modellphase tritt der RUfa ab dem nächsten Schuljahr (2023/24) in allen Schulen in Kraft. Seit 2019 wurde nach und nach mit der Umsetzung begonnen. Ab der 7. Klasse gibt es als alternatives Fach Philosophie. Die Verteilung der Schüler\*innenzahlen zwischen beiden Angeboten ist aktuell etwa gleichauf (circa 50 Prozent jeweils)<sup>16</sup>.

<sup>13</sup> Für die islamische Gemeinde sind das die SCHURA-Hamburg, DITIB-Nord und der Verband islamischer Kulturzentren.

<sup>14</sup> Birgit Kuhlmann (2017): Der Hamburger Weg des Religionsunterrichts für alle – aktuelle Perspektiven, [hier](#); Behörde für Schule und Bildung Hamburg (2022): Erzbischof Heße: Ja zum „Religionsunterricht für alle“, [hier](#)

<sup>15</sup> Der MEDIENDIENST berichtete: MEDIENDIENST Integration (2022): „Zehn Jahre [Staatsvertrag](#) mit muslimischen Verbänden“

<sup>16</sup> Auch in den unteren Jahrgangsstufen ist eine Befreiung vom Unterricht möglich. Abmeldungen sind jedoch recht selten (ungefähr 0,1%).

## Hessen

In Hessen erteilen zwei Gemeinschaften Unterricht, zudem bietet das Land islamkundlichen Unterricht an. Hessen hat 2013 in Kooperation mit DITIB-Hessen einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht eingeführt. Seit 2014 erteilt auch die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ) islamischen Religionsunterricht. Es handelt sich um zwei getrennte Unterrichte und nicht – wie in anderen Bundesländern – um gemeinsamen Unterricht mehrerer Gemeinden.

Das Land Hessen hat 2019 ein Gutachten in Auftrag gegeben, um die Unabhängigkeit der DITIB-Hessen gegenüber der türkischen Religionsbehörde Diyanet zu untersuchen<sup>17</sup>. Da das Gutachten Nähe zum türkischen Staat feststellte, beendete Hessen die Kooperation und führte einen staatlichen islamkundlichen Unterricht ein. Der wurde 2023 um drei Jahre verlängert<sup>18</sup>. DITIB-Hessen klagte erfolgreich gegen die Beendigung und kann seit 2022/23 wieder Religionsunterricht anbieten<sup>19</sup>.

DITIB-Hessen und der Zentralrat der Muslime in Deutschland kritisieren die staatliche Islamkunde, die religiöse Entfaltung der Schüler\*innen werde verhindert<sup>20</sup>. Laut Kultusministerium werde der Unterricht von DITIB erneut begutachtet und danach eine Entscheidung über dauerhafte Lösungen getroffen. Jedoch bestehe auch von Landesseite das Interesse, Religionsunterricht zu gewähren<sup>21</sup>.

Insgesamt unterrichteten 103 Lehrkräfte an 52 Schulen Islamischen Religionsunterricht oder Islamkunde.

### Teilnehmende am IRU, Islamkunde & Gesamtzahl der Schüler\*innen

	2020/2021	2021/2022	2022/2023
Islamischer Religionsunterricht (DITIB)	-	-	1.768
Islamischer Religionsunterricht (AMJ)	131	125	250

<sup>17</sup> Hessisches Kultusministerium auf Anfrage des MEDIENDIENSTES Integration (2023)

<sup>18</sup> Hessisches Kultusministerium auf Anfrage des MEDIENDIENSTES Integration (2023)

<sup>19</sup> Hessenschau (30.6.2022): Land setzt nach Urteil Kooperation mit DITIB fort, [hier](#)

<sup>20</sup> Vgl. hierzu DITIB-Hessen (22.01.2021): Hintergrundinformationen – Zur Versachlichung des IRU-Diskurses und Würdigung der Dienste, [hier](#)

<sup>21</sup> Hessisches Kultusministerium auf Anfrage des MEDIENDIENSTES Integration (2023)

Staatliche Religionskunde	2.832	2.958	1.296
Gesamtzahl Schüler*innen	589.228	597.725	622.674

## Bekenntnisorientierter Unterricht als Modell

### Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz ist Religionsunterricht verpflichtend. Alternativ können Schüler\*innen das Fach Ethik besuchen. Zurzeit läuft eine „modellhafte Erprobung des islamischen Religionsunterrichts“ mit drei lokalen Partnern: in Ludwigshafen mit der Islamischen Frauenbildungsstätte (IGRA e.V.) in Zusammenarbeit mit dem islamisch-christlichen Gesprächskreis, mit dem Arbeitskreis Mainzer Muslime e.V. und dem Elternverein Worms e.V.

Das Land verhandelt derzeit mit vier größeren islamischen Gemeinden<sup>22</sup> über Staatsverträge, ähnlich wie in Hamburg, die Vereinbarungen zum Islamischen Religionsunterricht einschließen würden. Die Verhandlungen waren etwa sieben Jahre unterbrochen, da die Landesregierung ausländische Einflussnahme (vor allem bei DITIB) gegeben sah. Im Frühjahr 2023 wurden diese mit allen Gemeinden wieder aufgenommen unter der Bedingung, dass die Kooperationspartner unabhängig sind<sup>23</sup>.

In Rheinland-Pfalz gibt es laut Kultusministerium aktuell (Stand 2023) 64.156 muslimische Schüler\*innen. Von diesen nehmen etwa 3,8 Prozent an Islamischem Religionsunterricht an 31 Schulen teil.

### Teilnehmende am IRU & Gesamtzahl der Schüler\*innen

	2020/2021	2021/2022	2022/2023
Islamischer Religionsunterricht	2.061	2.123	2.423
Gesamtzahl Schüler*innen	520.712	519.943	532.229

<sup>22</sup> Norbert Müller (AIWG) (2021): Das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. Der Hamburger Staatsvertrag aus Praxisperspektive, S. 27 [hier](#)

<sup>23</sup> Der SWR berichtete (25.4.2023): RLP will mit Islamverbänden Religionsunterricht regeln, [hier](#)

## Saarland

Seit 2015/16 gibt es im Saarland Islamischen Religionsunterricht als Modellversuch, jedoch nur an vier Grundschulen. 5 Lehrkräfte unterrichten das Fach. Aktuell (Stand 2022) gibt es 12.717 muslimische Schüler\*innen im Saarland, schätzungsweise 2,6 Prozent von ihnen können an islamischem Religionsunterricht teilnehmen.

Auf muslimischer Seite gibt es sechs Kooperationspartner: den DITIB-Landesverband (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.), den Verband der Islamischen Kulturzentren e. V. (VIKZ), die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V. (IGMG), die Islamische Gemeinde Saar e. V. (IGS.), das Bosnische Kulturzentrum Saarbrücken e. V. (BKS), die Islamischen Kulturzentren Saarbrücken e. V. (IKS).

Das Kultusministerium sieht die Zusammenarbeit auf Anfrage positiv. Eine Evaluierung laufe gerade.

### Teilnehmende am IRU & Gesamtzahl der Schüler\*innen

	2020/2021	2021/2022	2022/2023
Islamischer Religionsunterricht	ca. 300	ca. 300	331
Gesamtzahl Schüler*innen	83.127	83.760	86.900

## Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen ist Religion ein ordentliches Unterrichtsfach. Laut Schulministerium gibt es Anspruch auf bestimmten bekenntnisorientierten Unterricht, sobald zwölf Schüler\*innen desselben Bekenntnisses an einer Schule sind. NRW ist das Bundesland mit den meisten muslimischen Schüler\*innen. Es führte 2012 einen Modellversuch (Beiratsmodell) für islamischen Religionsunterricht ein<sup>24</sup>.

Über Unterricht und Lehrkräfte entscheidet eine Kommission, in der sechs muslimische Verbände organisiert sind: das Bündnis Marokkanische Gemeinde (BMG, Landesverband NRW), die Islamische Religionsgemeinschaft DITIB Nordrhein-Westfalen e.V. (DITIB), die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland – Zentralrat e.V. (IGBD, Landesverband NRW), die Islamische Religionsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen e.V. (IRG NRW, Landesverband des Islamrats), die Union der Islamisch-Albanischen Zentren in Deutschland e.V. (UIAZD) und der Landesverband der Islamischen Kulturzentren Nordrhein-

<sup>24</sup> Webseite des Schulministeriums (NRW) zu [Islamischem Unterricht](#)



Westfalen (VIKZ). Bis 2019 waren in der Kommission neben Gemeindemitgliedern auch Personen vertreten, die das Land NRW ernannte.

Kritik am Modell gab es vom Zentralrat der Muslime (ZMD). Dieser war zunächst Ansprechpartner, wurde jedoch nicht in die Kommission aufgenommen, da das nordrhein-westfälische Schulministerium fehlende Verfassungstreue sah. Laut ZMD nehme die Landesregierung zu sehr Einfluss auf das neue Modell, er versuchte sich in die Kommission einzuklagen. Die Klage zog der ZMD im Mai 2023 zurück<sup>25</sup>.

Bundesweit hat Nordrhein-Westfalen die höchste Anzahl muslimischer Schüler\*innen: 470.403 (Stand 2023). Von diesen nahmen etwa 5,5 Prozent an Islamischem Religionsunterricht teil. An 234 Schulen unterrichteten 263 Lehrkräfte.

### Teilnehmende am IRU & Gesamtzahl der Schüler\*innen

	2020/2021	2021/2022	2022/2023
Islamischer Religionsunterricht	21.004	23.949	26.020
Gesamtzahl Schüler*innen	2.449.466	2.443.588	2.479.835

## Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg gibt es seit 2019/20 ein Stiftungsmodell, um islamischen Religionsunterricht zu erteilen. In der „Stiftung Sunnitischer Schulrat“ sind der Landesverband der Islamischen Kulturzentren Baden-Württemberg (LVIKZ) und die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland (IGBD) vertreten.

Die Stiftung besteht aus einem Vorstand und einer Schiedskommission. Der fünfköpfige Vorstand wird durch die beteiligten Gemeinden benannt, bei drei Mitgliedern ist jedoch eine Zustimmung durch das Land nötig<sup>26</sup>. Die Schiedskommission hat weitgehende Befugnisse<sup>27</sup>, die Mitglieder werden vom Land ernannt.

Es gibt immer wieder Diskussionen über das Modell<sup>28</sup>. Kritik kommt unter anderem von Seiten mehrerer Verbände, die ihre Teilnahme ablehnten, da sie das staatliche

<sup>25</sup> Domradio (23.05.2023): Klage zurückgezogen. Zentralrat der Muslime bleibt bei Islamunterricht außen vor, [hier](#)

<sup>26</sup> [Satzung](#) der Stiftung Sunnitischer Schulrat, S. 5

<sup>27</sup> Sie kann z.B. Beschlüsse und Entscheidungen neu prüfen lassen oder diese aufheben. Auch kann sie einstimmig Vorstandsmitglieder abberufen.

<sup>28</sup> SWR (19.9.2022): Schopper will weiter islamischen Religionsunterricht in BW anbieten, [hier](#)

Neutralitätsgebot sowie die religiöse Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden gefährdet sehen<sup>29</sup>.

Laut Kultusministerium gibt es etwa 180.000 muslimische Schüler\*innen in Baden-Württemberg. Von diesen nahmen 2022/23 etwa 4,5 Prozent an Islamischem Religionsunterricht teil. 237 Lehrkräfte unterrichteten diesen an 138 Schulen.

### Teilnehmende am IRU & Gesamtzahl der Schüler\*innen

	2020/2021	2021/2022	2022/2023
Islamischer Religionsunterricht	5.561	6.494	8.043
Gesamtzahl Schüler*innen	1.322.655	1.315.428	1.331.018

## Staatlich verantworteter Unterricht

### Bayern

Bayern verfolgt ein anderes Modell: Hier gibt es keinen islamischen Religions**unterricht**, sondern islamische Religions**kunde**. Das Fach wurde nach einer Modellphase 2021 als reguläres Unterrichtsfach eingeführt<sup>30</sup>. Der Unterricht wird nicht in Kooperation mit islamischen Gemeinden erteilt, sondern vom Staat verantwortet. Es ist kein bekenntnisorientierter Unterricht. Islamischer Unterricht ist ein Wahlpflichtfach, ähnlich wie Ethik, das Schüler\*innen alternativ zum Religionsunterricht besuchen können.

Im Gegensatz zu Ländern, wo bekenntnisorientierter Unterricht erteilt wird, müssen die Lehrer\*innen nicht durch eine muslimische Gemeinschaft bestätigt werden. Sie benötigen also keine Idschaza (vergleichbar mit der Missio Canonica oder Vokation bei der römisch-katholischen bzw. der evangelisch-lutherischen Kirche), sondern können vom Land wie Ethiklehrer\*innen eingesetzt werden.

Das Land ist der Auffassung, dass „keine der in Deutschland tätigen Organisationen“ vollständig die Merkmale einer (islamischen) Religionsgemeinschaft erfülle. Daher verantwortet der Staat das Fach<sup>31</sup>. Muslimische Verbände kritisieren das Vorgehen der Landesregierung und möchten Mitsprache beim Unterricht haben, sie sehen ihr Grundrecht auf religiösen Unterricht verwehrt<sup>32</sup>.

<sup>29</sup> Stellungnahme von DITIB und IGBW (29.01.2019), [hier](#)

<sup>30</sup> Bayerisches Kultusministerium (2021): Bayern führt Wahlpflichtfach „Islamischer Unterricht“ ein, [hier](#)

<sup>31</sup> Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf Anfrage des MEDIENDIENSTES Integration (2023)

<sup>32</sup> Süddeutsche Zeitung (7.7.2021): „Wir können nicht Dankeschön sagen“, [hier](#)

Das bayerische Kultusministerium schätzt die Zahl muslimischer Schüler\*innen auf 169.000. Von diesen nehmen circa 10,7 Prozent an staatlicher Islamkunde teil. Unterrichtet wurde das Fach 2021/22 an 370 Schulen von 110 Lehrkräften. Zahlen für das Schuljahr 2022/23 liegen noch nicht vor.

### Teilnehmende am IRU & Gesamtzahl der Schüler\*innen

	2020/2021	2021/2022	2022/2023
Staatliche Religionskunde	17.400	18.000	-
Gesamtzahl Schüler*innen	1.576.000	1.576.900	-

### Bremen

Bremen verfolgt ein anderes Modell als die meisten anderen Bundesländer. Am ehesten ließe sich der Ansatz mit Hamburg vergleichen. In beiden Ländern wird Religion konfessions**übergreifend** erteilt. Mit dem Unterschied, dass Bremen eine staatlich verantwortete Religionskunde anbietet.

### Hessen

Wie oben erläutert, hat Hessen die Vereinbarung mit dem Kooperationspartner DITIB-Hessen aufgekündigt und eine staatlich verantwortete Religionskunde im Schulversuch eingeführt, welcher laut Kultusministerium 2023 um drei Jahre verlängert wird. Seitdem DITIB wieder selbst Religionsunterricht erteilt (2022/23), hat sich die Teilnehmendenzahl bei der staatlichen islamischen Religionskunde mehr als halbiert<sup>33</sup>.

### Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein gibt es keinen islamischen Religionsunterricht an Schulen. Das einzige Angebot, das muslimische Schüler\*innen wahrnehmen können, ist seit 10 Jahren ein islamkundlicher Unterricht an Grundschulen.

Das Angebot besteht an 10 Grundschulen und wird von 8 Lehrkräften erteilt. Von den 26.089 muslimischen Schüler\*innen in Schleswig-Holstein nehmen 4,1 Prozent daran teil.

### Teilnehmende am IRU & Gesamtzahl der Schüler\*innen

<sup>33</sup> Zahlen zur staatlichen Islamkunde in Hessen befinden sich beim Kapitel Bekenntnisorientierter Unterricht im Abschnitt Hessen.

	2020/2021	2021/2022	2022/2023
Staatliche Religionskunde	1.171	1.076	-
Gesamtzahl Schüler*innen	274.260	275.687	-

### Wichtige Quellen (frei zugänglich)

Eike Bösing, Margit Stein, Veronika Zimmer (BpB) (2023): „Staatlich verantworteter islamischer Religionsunterricht und bekenntnisorientierte Moscheeunterweisung. Zusammenarbeit von Schule und der universitären Islamischen Theologie mit den islamischen Verbänden“, [hier](#)

Naime Çakır-Mattner, Christina Lux, Erkin Calisir, Jan Felix Engelhardt, Constantin Wagner (AIWG) (2022): „Berufsfeld Islam? Zur Berufseinmündung und Professionalisierung von Absolvent\_innen der Islamisch-Theologischen Studien“, [hier](#)

Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags (2021): „Islamischer Religionsunterricht an Schulen. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen und Umsetzung in den Bundesländern“, [hier](#)

Fahimah Ulfat, Jan Felix Engelhardt, Esra Yavuz (AIWG) (2021): „Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Qualität, Rahmenbedingungen und Umsetzung“, [hier](#)

Lena Dreier, Constantin Wagner (AIWG) (2020): „Wer studiert Islamische Theologie? Ein Überblick über das Fach und seine Studierenden“, [hier](#)

Riem Spielhaus und Zrinka Štimac (BpB) (2018): „Schulischer Religionsunterricht im Kontext religiöser und weltanschaulicher Pluralität“, [hier](#)

## Anhang

Daten zu Religionsunterricht bundesweit. Zahlen beziehen sich auf das aktuelle Schuljahr (2022/23), sofern nicht *kursiv* gedruckt: diese beziehen sich auf 2021/22, da die zuständigen Behörden keine aktuelleren Daten haben.

	<b>Gesamtzahl Schüler*inne n</b>	<b>Schüler*inne n IRU</b>	<b>Schüler*inne n Evang. RU</b>	<b>Schüler*inne n Kath. RU</b>	<b>Schüler*inne n jüdischer RU</b>	<b>Schüler*innen Ersatzunterric ht</b>	<b>Lehrer*inne n IRU</b>	<b>Lehrer*inne n anderer RU</b>
<b>Baden- Württemberg</b>	<b>1.331.018</b>	<b>8.034</b>	<b>420.589<sup>34</sup></b>	<b>378.771</b>	<b><i>Mind. 138</i></b>	<b>218.084</b>	<b>237</b>	<b>15.889<sup>35</sup></b>
<b>Bayern</b>	<b>1.576.900</b>	<b>18.000</b>	<b>314.400</b>	<b>725.600</b>	<b>400</b>	<b>441.500</b>	<b>110</b>	<b>16.560</b>
<b>Berlin</b>	<b>388.627</b>	<b>6.178</b>	<b>72.966</b>	<b>20.356</b>	<b>-</b>	<b>-<sup>36</sup></b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Bremen</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>
<b>Hamburg</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>

<sup>34</sup> Kursiv gedruckte Zahlen stammen aus dem Vorjahr (2021/22), da keine aktuellen Ergebnisse bei der Abfrage vorlagen.

<sup>35</sup> Nur für katholischen und evangelischen Unterricht.

<sup>36</sup> Religion ist in Berlin kein ordentliches Lehrfach, daher gibt es auch keinen Ersatzunterricht.

Hessen	<b>622.674</b>	<b>3.314</b>	<b>229.236</b>	<b>97.808</b>	<b>265</b>	<b>233.106</b>	<b>103</b>	<b>9.643</b>
Niedersachsen	<b>813.055</b>	<b>3.380</b>	<b>266.727</b>	<b>42.062</b>	-	<b>202.747</b>	<b>48</b>	-
NRW	<b>2.479.835</b>	<b>26.020</b>	<b>617.447</b>	<b>818.698</b>	<b>721</b>	<b>421.636</b>	<b>263</b>	<b>38.293</b>
Rheinland-Pfalz	<b>532.229</b>	<b>2.423</b>	<b>141.788</b>	<b>171.171</b>	<b>3</b>	<b>164.071</b>	-	-
Saarland	<b>86.900</b>	<b>331</b>	<b>16.539</b>	<b>41.244</b>	-	-	<b>5</b>	<b>1.842</b>
Schleswig-Holstein	<b>275.687</b>	<b>1.076</b>	<b>154.380</b>	<b>2.332</b>	-	<b>59.568</b>	<b>8</b>	<b>2.526</b>
Brandenburg	<b>298.577</b>	-	<b>38.457</b>	<b>4.959</b>	-	<b>101.984</b>	-	-
Mecklenburg - Vorpommern	<b>160.200</b>	-	<b>42.996</b>	<b>642</b>	-	<b>60.209</b>	-	<b>495</b>
Sachsen	<b>511.502</b>	-	<b>90.444</b>	<b>7.267</b>	<b>103</b>	<b>295.943</b>	-	<b>1.202</b>

Sachsen- Anhalt	<b>186.352</b>	-	<b>25.192</b>	<b>1.048</b>	<b>7</b>	<b>156.568</b>	-	<b>414</b>
Thüringen	<b>205.343</b>	-	<b>44.558</b>	<b>11.029</b>	<b>1</b>	<b>147.389</b>	-	<b>831</b>